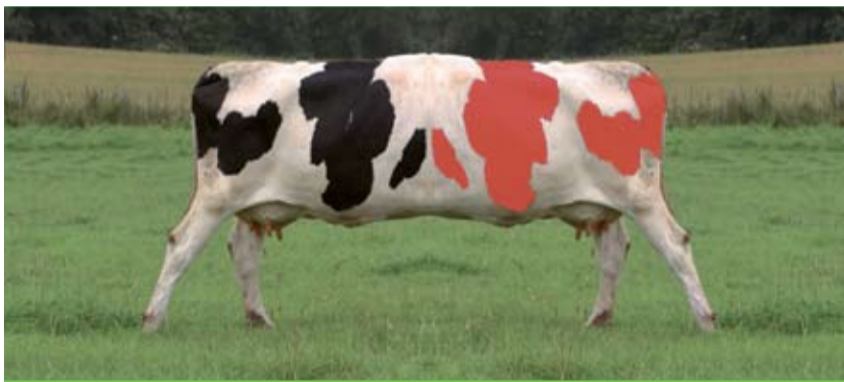


DIESE GRÜNEN!



DAS VERFLIXTE SIEBTE JAHR

■ RÜCKBLICK AUF SCHWARZ-ROT IN WUPPERTAL



GROSSE KOALITION IST... STILLSTAND

Die Elefantenhochzeit zwischen CDU und SPD begann am 14.12.2005. An diesem Termin wurde die gemeinsame Zusammenarbeit bekannt gegeben, es wurden die Ringe getauscht zur SDU. In der „sozialdemokratischen Union“, wie das Gebilde sehr schnell genannt wurde, ist kaum noch ein Unterschied zwischen den beiden Fraktionen erkennbar.

Seit dieser Zeit gibt es keine neuen Impulse aus den Fraktionen von CDU/SPD, die die Stadt Wuppertal in ihrer schwierigen finanzpolitischen Situation weitergebracht hätte. Nein – es gab Stillstand. Getagt wird nur noch in kleinen Kreisen. Das ist in der Regel die

sogenannte Mittwochrunde, an der der Oberbürgermeister, der Kämmerer, die Fraktionsvorsitzenden und die Parteivorsitzenden von CDU und SPD teilnehmen. Das führte dazu, dass in den Fachausschüssen des Rates kaum noch diskutiert wurde, weil die Entscheidungen schon gefallen waren. Fragen und Initiativen kamen nur von den kleineren Fraktionen, die dann aber abgebugelt wurden. Insbesondere zur Haushaltspolitik haben wir immer wieder bemängelt, dass ohne erkennbares Konzept gespart wurde, ohne vorher klare Ziele zu formulieren. Wo die Stadtspitze finanzpolitisch hin will, war und ist nicht zu erkennen. Hätte

es nicht den Vorstoß der rotGRÜNEN Landespolitik gegeben, die den Stärkungspakt im Landtag durchgebracht hat, ständen wir weiter vor dem Nichts. Auch zeichnete sich schnell ab, dass man bei anderen sparen wollte, nur bei sich selbst hörte der Sparwille auf. Beispiel hierfür ist die Forderung zur Verkleinerung des Rates und der Bezirksvertretungen, die von den beiden großen Fraktionen abgelehnt wurde. Bei der Umstrukturierung der Fraktionsfinanzen gingen CDU/SPD nach Gutsherrenart vor – die kleineren Fraktionen mussten dabei am meisten abgeben und die beiden großen Fraktionen am wenigsten. Ein weiterer Höhepunkt waren sicherlich die Haushaltsberatungen im Jahr 2009, bei denen eine inhaltliche Auseinandersetzung in den zuständigen Ausschüssen nicht mehr stattfand.

Eine der ersten Amtshandlungen der Großen Koalition aus CDU/SPD war übrigens der Wegfall der Baumschutzsatzung, der zu Fällorgien im gesamten Tal geführt hat und neben den ökologischen Schäden auch noch Einnahmeverluste für die Stadt bedeutet.

Ein weiterer Bereich, der aus unserer Sicht völlig darniederliegt, ist die Stadtentwicklung. Klare Konzepte fehlen, die Steuerung von Wohnen und Gewerbe wird auf Zuruf erledigt. Dies führt z.B. dazu, dass Wuppertal sich bald rühmen kann, Stadt der Baumärkte zu sein! Nur so lässt sich die Entscheidung von CDU/SPD verstehen,

die auf Lichtscheid gegenüber von Hornbach noch einen zweiten Baumarkt ansiedeln wollen. Davon haben wir schon mehr als genug! Zurück bleiben bei diesem harten Markt Investitionsruinen.

Zweites Beispiel: es wird eine Autom-eile eingerichtet, an der sich alle Autohäuser ansiedeln sollen. So war das Ziel, dann zieht die Verwaltung das Straßenverkehrsamt ab und wundert sich anschließend, dass verschiedene Autohäuser nicht mehr auf der Uellendahler Straße bleiben wollen.

Das dritte Beispiel ist der demografische Wandel, also die unverkennbare Tatsache, dass in absehbarer Zeit in Wuppertal weniger Menschen leben, die durchschnittlich älter sind. Wer jetzt geglaubt hat, die Große Koalition hätte das erkannt und würde ein Konzept erarbeiten, um einen geordneten Umbau in kleinere Strukturen zu erreichen, wurde enttäuscht. Gerade in den Außenbereichen wurde weiter gebaut, gegen den entschiedenen Widerstand der GRÜNEN Ratsfraktion, wie das Beispiel der Wohnbebauung Rädchen/Heidt zeigt.

Die Infrastruktur, die durch die Bebauung in den Außenbereichen immer größer wird, muss von immer weniger EinwohnerInnen bezahlt werden. Finanzpolitisch ist das nicht nachzuvollziehen und das kritisieren nicht alleine wir GRÜNEN.

FORTSETZUNG AUF SEITE 3



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben der mittlerweile siebenjährigen Rathauskoalition von CDU und SPD ein Zwischenzeugnis ausgestellt, das ziemlich mies aussieht. Die wesentlichen Gründe zeigen wir für Sie auf.

Ein weiteres wichtiges Thema für Wuppertal ist das 30-Punkte-Sparprogramm der Verwaltung zum städtischen Haushalt. Es wurde in der Februar-Sitzung des Rates eingebracht, wir stellen Ihnen einige Punkte vor.

Das, was sich die Stadtverwaltung unter BürgerInnenbeteiligung vorstellt und was wir stattdessen davon halten, sagen wir Ihnen ebenfalls.

Dann berichten wir über einen Ortstermin beim Wuppertaler Fanprojekt, über den Sachstand der Kaisermeile in Vohwinkel, präsentieren Ihnen eine besondere Postkartenaktion und vieles andere mehr.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre

Ihr Redaktionsteam

RUNDER TISCH MUSLIMISCHE BESTATTUNG

■ „EIN MUSLIMISCHER FRIEDHOF IST TEIL DER HEIMAT“ (MUSTAFA AYGÜN)

Ein Besuch auf dem Friedhof: Für viele Christen gehört er zur Trauer dazu. Für die meisten Muslime in Wuppertal bedeutet ein Besuch am Grab eines Angehörigen jedoch mitunter eine weite Reise ins Ausland. Denn das Bestattungsrecht hier erlaubt keine rein muslimischen Friedhöfe. Vor 50 Jahren kamen die ersten Türken und Marokkaner als sogenannte „Gastarbeiter“ hierher, inzwischen leben Familien mit muslimischen Glauben in dritter und vierter Generation in Wuppertal. Mittlerweile ist die erste Generation der Muslime in Wuppertal 60, 70 Jahre alt. Da rücken Themen wie Tod und Beisetzung mehr in den Mittelpunkt der Gedanken.

Dass die meisten muslimischen WuppertalerInnen heute auch nach Jahrzehnten lieber in der alten Heimat begraben werden wollen, hat mehrere Gründe. Zum Einen haben die Alten noch mehr Bezug etwa zum Dorf in Anatolien, zum Anderen ist dort die im muslimischen Glauben sehr wichtige „ewige Totenruhe“ gesichert. In Wuppertal ist, wie in allen anderen Gemeinden NRW's, eine ewige Ruhe



Foto: Jörg Lange

auf kommunalen Friedhöfen nicht möglich. In aller Regel muss eine Grabstelle nach 30 Jahren wieder angekauft werden. Gemäß dem Landesbestattungsgesetz NRW dürfen nur Körperschaften öffentlichen Rechts Friedhöfe betreiben, neben den christlichen Kirchen erfüllen nur jüdische Kultusgemeinden diese Voraussetzung. Einzelne muslimische Grabfelder gibt es auf kommunalen Friedhöfen, so auch auf dem städtischen Friedhof in Wuppertal-Ronsdorf. Dieses Grabfeld wird

noch etwa die muslimischen Bestattungen der nächsten fünf Jahre aufnehmen können, dann wird seine Kapazität erschöpft sein. Eine kommunal- und integrationspolitische Initiative aus Wuppertal will nun den Muslimen die Möglichkeit zu eigenen Friedhöfen nach ihrer Tradition geben und hat sich an die Landespolitik gewandt. Insbesondere in Wuppertal ist das Thema besonders dringlich: Hier sind alle Friedhöfe – bis auf einen – in kirchlicher Hand. Das Integrati-

onsgesetz, das im Februar vom Landtag mit großer Mehrheit beschlossen wurde, sieht zwar viele Änderungen zu Gunsten der Einwanderinnen und Einwanderer vor, eine Änderung im Bestattungsrecht konnte jedoch nicht beschlossen werden. Aktuell sehen die Wuppertaler GRÜNEN im Rat zwei rechtliche Möglichkeiten zur Schaffung eines muslimischen Friedhofes. Zum Einen: Dem in Wuppertal erfolgreich arbeitenden Moschee-Dachverband im Rahmen eines Modellprojektes den Betrieb eines Friedhofes zu gestatten. Zum Anderen: Durch eine Änderung des Bestattungsgesetzes NRW könnte der Anspruch auf eine Bestattung nach jeweiligen religiösen Ritus des Verstorbenen gesetzlich verankert werden. In beiden Fällen könnte grundsätzlich ein städtisches Grundstück zur Verfügung stehen.

Die noch anstehende Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und die detaillierten Vorschriften zur Anlage und zum Betrieb eines Friedhofes lassen jedoch eher eine mittelfristige Umsetzung eines muslimischen Friedhofes realistisch erscheinen.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Ausblick auf die Haushaltsberatungen

Seite 3
GRÜNER Ortstermin: Zu Besuch beim Wuppertaler Fanprojekt

Seite 4
Gastkommentar: Jahr 1 nach Fukushima

Seite 4
Kaisermeile quo vadis?

Seite 5
Neues vom Asphaltmischwerk

Seite 6
Denkmalschutz: Neugestaltung des Hauptbahnhofs

VORGESTELLT: DIE ALTE FEUERWACHE WUPPERTAL

■ EIN HAUS FÜR KINDER UND MIGRANTEN von Joachim Heiß, Geschäftsführer

Als das Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. im Jahre 1991 den südlichen Teil der Alten Feuerwache übernahm, war noch nicht abzusehen, dass sich dieses Haus Jahre später zu einem sehr stark frequentierten Jugend- und Begegnungszentrum entwickeln würde, das an 365 Tagen im Jahr von ca. 100.000 Menschen besucht wird.

Der Anfang war steinig. Die Räume waren heruntergekommen, Dach und Fenster waren undicht, mit der städtischen Übernachtungsstelle für nichtsesshafte Männer lebte man Tür an Tür. Das Team bestand zunächst aus zwei pädagogischen Kräften und einem Hausverwalter. Schon in den ersten Jahren wurde das Begegnungszentrum sehr stark von Kindern und Migranten genutzt. Hilfreich war, dass ab 1995 auch der nördliche Teil als Begegnungszentrum genutzt werden konnte. Für die Beratung der im Hause ansässigen Migrantenselbstorganisationen war es von großem Vorteil, dass ab 1996 die RAA Wuppertal im Gebäude der Alten Feuerwache ihre Arbeit aufnahm.

Ein richtiger Meilenstein in der Entwicklung des Hauses war sicherlich, dass mit Hilfe von Landesgeldern die Alte Feuerwache von 1999-2001 saniert werden konnte.

In den zurückliegenden Jahren haben sich in der Alten Feuerwache zwei Arbeitsschwerpunkte entwickelt: Der Aufbau des „Gesunden Kinderhauses“ und die Integrationsarbeit mit den 35



Foto: Jörg Lange

Migrantenorganisationen, die in der Alten Feuerwache beheimatet sind.

Schon 1995 starteten die ersten konzeptionellen Überlegungen für das gesunde Kinderhaus. Als Gewaltpräventionsmaßnahme wurde damals der Erlebnisraum in der Alten Feuerwache konzipiert, in dem sich die Kinder nach Herzenslust austoben konnten. Ein Ruheraum zum Entspannen und Ausruhen komplettierte damals die Maßnahme. Mit dem Ziel, die Gesundheit der Kinder nachhaltig zu fördern,

wurde im Jahre 2004 eine wissenschaftliche Untersuchung gestartet.

Eine zentrale Erkenntnis war, dass den Kindern oftmals verlässliche Beziehungspartner fehlten, die den Kindern Schutz und Geborgenheit geben. So war zu erklären, dass 54% der Kinder stressbelastet sind, von diesen 27% sehr stark.

Das Team der Alten Feuerwache nutzte wissenschaftliche Erkenntnisse, die besagen, dass gute Beziehungen die am besten wirksame und völlig

nebenwirkungsfreie Hilfe gegen seelischen und körperlichen Stress sind. Aus diesem Grunde ist die verlässliche Beziehungsarbeit zwischen Pädagogen und Kindern das zentrale Medium in der täglichen pädagogischen Arbeit. Für sehr verhaltensauffällige Kinder konnte mit Hilfe von „Aktion Mensch“ eine verlässliche Gruppe eingerichtet werden, die heute von der Stadt Wuppertal finanziert wird. Hier bekommen die Kinder eine sehr enge Betreuung. Für alle Kinder wurde ein Mittagstisch

eingerrichtet und weitere heilpädagogische Maßnahmen wie therapeutisches Reiten, Zirkus, Fantasieresen etc. mit in das Programm aufgenommen.

Da wissenschaftlich belegt ist, dass die ersten Lebensjahre von besonderer Bedeutung sind, konnte mit Hilfe der Winzig Stiftung eine Familienhebamme für die Wuppertaler Nordstadt eingestellt werden, die neugeborene Kinder bis zum ersten Lebensjahr begleitet. Inzwischen konnte dieses Angebot wiederum mit Hilfe der Winzig Stiftung auf den Stadtteil Wichlinghausen ausgeweitet werden.

Mit Unterstützung des Lions Club Bergisch Land läuft zur Zeit eine dreijährige Präventionsmaßnahme in einer 8samkeitsgruppe, in der Kinder intensiver als im „Offenen Bereich“ betreut werden. Ziel ist es, eine mögliche Vernachlässigung des Kindes erst gar nicht zuzulassen, um somit auch Folgekosten einsparen zu können.

Um all diese gesundheitsfördernden Maßnahmen finanzieren zu können, wurde der Förderverein Feuerlöscher gegründet, der viele Maßnahmen unterstützt. 13 Ehrenamtliche unterstützen mittlerweile das Gesunde Kinderhaus der Alten Feuerwache.

Um für diese Maßnahme auch weitere Eigenmittel zu erwirtschaften, hat sich die Alte Feuerwache auch als Tagungshaus etabliert, alle Einnahmen aus Kindergeburtstagen und Tagungen fließen direkt wieder zurück in das Gesunde Kinderhaus.

ECHTE MITWIRKUNG UNERWÜNSCHT

■ BETEILIGUNG DER BÜRGERINNEN BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN

„Ein historischer Tag“ war der 13.02.2012 für Stadtkämmerer Johannes Slawig. Zu diesem Urteil kam er mit Blick auf den genau an diesem Tag vorgelegten Haushaltsplan, der Wuppertal ab 2016 ausgeglichene Haushalte beschere soll. Ob diese Wertung tatsächlich der Wahrheit entspricht, wird man erst in einigen Jahren beurteilen können, wie das halt mit Historie so ist.

Jetzt gilt es, die Inhalte des Planes zu bewerten und zu diskutieren. Dies sollte nach Vorstellung des Rates eigentlich mit einer breit angelegten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen, die nicht alleine von der Verwaltung, sondern auch mit externer Hilfe organisiert und durchgeführt werden sollte. Nun liegt das Sparpaket vor, aber von umfangreicher Beteiligung ist nicht mehr die Rede. Die Stadtverwaltung hat mittlerweile zwei Informationsveranstaltungen abgehalten, deren Bewerbung zurückhaltend formuliert sparsam war und die deshalb auf wenig Resonanz in der Öffentlichkeit stießen. Zur ersten Diskussionsrunde waren kaum mehr als 10, zur zweiten ca. 30 BürgerInnen gekommen. Gleichzeitig wurde ein Internetforum freigeschaltet (forum.wuppertal.de). Hier dürfen sich die Interessierten nach Lust und Laune austoben, ernst genommen werden sie mit Sicherheit nicht.

Wer, bevor er sich in die Diskussion schmeißt, noch ein paar Informationen haben möchte, kann sich die Rede des Oberbürgermeisters zur Haushalts-



Foto: Mathias Kehren

bringung und die Präsentation des Kämmerers anschauen. Wer das echte Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bezeichnet, ist vermutlich nicht ganz auf der Höhe der Zeit.

Wer gelungene Beispiele für Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes sehen möchte, muss gar nicht so weit in die Ferne schauen. Die Solinger Stadtverwaltung hat zur öffentlichen Beratung ihres Haushaltssicherungskonzeptes 2010 ein benutzerInnenfreundliches und attraktives Forum eingerichtet, in dem die einzelnen Verwaltungsvorschläge ausführlich vorgestellt werden, eigene Vorschläge gemacht, von anderen bewertet und damit gewichtet werden können und dann zusammenfassend präsentiert werden.

All das fehlt beim Wuppertaler Format

und ist daher ein guter Beweis dafür, dass die Stadtspitze eigentlich kein Interesse an einer echten Mitwirkung der Öffentlichkeit hat. Es ist weder strukturiert noch zielgerichtet und erst recht nicht benutzerInnenfreundlich. Die vom Rat geforderte Einbeziehung externer Hilfe bei der Konzeption der Beteiligung, zum Beispiel durch die Uni-Forschungsstelle Bürgerbeteiligung, wurde vom Kämmerer mit Hinweis auf die städtische Finanzsituation ignoriert. Interessanterweise wurde der GRÜNE Sparvorschlag zur Verkleinerung des Rates und Reduzierung der Bezirksvertretungen im Rat stets mit dem Hinweis abgelehnt, man wolle keine Politik nach Kassenlage machen. Der Rathausmehrheit aus CDU und SPD scheint ihre eigene Mitwirkung tatsächlich wertvoller zu sein als die Mitwirkung der Öffentlichkeit.

AUSBLICK AUF

■ DIE HAUSHALTSBERATUNGEN

Die GRÜNE Ratsfraktion übernimmt Verantwortung und bietet ihre Mitarbeit am Haushaltssanierungsplan an

Die rotGRÜNE Landesregierung leistet mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Konsolidierung des Wuppertaler Haushaltes. Die Stadt erhält bis 2016 vom Land zusätzlich einen jährlichen Zuschuss von knapp 72 Mio. Euro. Dieser Zuschuss wird in den Folgejahren bis 2020 schrittweise vermindert. An diesen Zuschuss ist allerdings eine wichtige Bedingung geknüpft: Das jährliche Defizit muss im städtischen Haushalt ab 2016 beseitigt sein. In dem jetzt vorgelegten Haushaltssanierungsplan sind die zusätzlichen, jährlichen Einsparungsvorschläge in Höhe von rund 50 Mio. Euro aufgelistet.

Die GRÜNE Ratsfraktion ist bereit, über einen weitreichenden Haushaltssanierungsplan zu diskutieren und bietet konstruktive Gespräche mit den Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal an, um zu einem belastbaren Sanierungsplan zu kommen. Die Fraktion will dazu beitragen, dass Wuppertal von dem erdrückenden Haushaltsdefizit entlastet und die politische und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeit für die kommende Generation wieder hergestellt wird. Dazu muss der Sanierungsplan an entscheidenden Punkten nachgebessert werden. Viele Einsparpositionen sind noch unbestimmt und nur mit globalen Einsparvorschlägen verbunden. Geplant ist eine allgemeine Personalreduzierung, die nur die natürliche Fluktuation

innerhalb der Stadtverwaltung berücksichtigt. Es fehlt eine fundierte Personalentwicklung, die den Aufgaben der Stadt auch in Zukunft gerecht wird und den flexiblen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt und fördert. Bestimmte Kürzungen im Bereich der Kultur, des Sozialen und der Jugendarbeit werden - wie in den vergangenen Jahren auch - von uns abgelehnt. Eigene Änderungsvorschläge werden zur Diskussion gestellt, damit der bis 2016 vorgegebene Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 42 Mio. Euro auch tatsächlich erreicht werden kann. Eine wichtige Forderung bleibt bestehen und geht an einen weiteren Adressaten, an die schwarz-gelbe Bundesregierung. Um das Defizit und die immensen Kassenkredite nachhaltig abzubauen, muss sich der Bund verstärkt an den Sozialkosten beteiligen. Erst die spürbare, langfristige Schuldentilgung ermöglicht eine aktive Gestaltung des Wandels in unserer Stadt.



GRÜNER ORTSTERMIN

■ ZU BESUCH BEIM WUPPERTALER FANPROJEKT

Am Dienstag den 24.01.12 besuchten Mitglieder der Ratsfraktion der GRÜNEN das Fanprojekt Wuppertal, das jugendlichen Fußballfans in seinen Räumen in der Tiergartenstraße eine Anlaufstelle bietet. Das seit 2006 bestehende sozialpädagogisch arbeitende Projekt befindet sich in der Trägerschaft der GESA gGmbH.

Das Fanprojekt arbeitet auf der Grundlage des NKSS (Nationales Konzept Sport und Sicherheit) und verfügt über das Qualitätssiegel der Koordinierungsstelle der Fanprojekte in Frankfurt. Jedes Jahr von neuem ist das Fortbestehen des erfolgreich arbeitenden Projektes durch die unsichere Finanzierung bedroht. Der kommunale Anteil ist für das Fanprojekt Wuppertal von zentraler Bedeutung, da die Fanprojekte über eine Drittfinanzierung gefördert werden. Nur wenn die Stadt Wuppertal ausreichend Mittel zur Verfügung stellt, kann das Fanprojekt seine Arbeit fortsetzen, denn der kommunale Anteil

ist die Voraussetzung für die Finanzierung durch das Land NRW und den DFB. Auf Grund dieser Problematik ist es seit der Gründung des Fanprojektes 2006 nicht möglich, langfristige Planungen vorzunehmen, da immer wieder um die Finanzierung des kommunalen Anteils gekämpft werden muss. Zuletzt sicherten Wuppertaler Firmen die Fortsetzung der Arbeit.

Die Mitglieder der GRÜNEN Ratsfraktion brachten verschiedene Vorschläge und Anregungen zur Erleichterung der Finanzierung ins Gespräch. Die beiden pädagogischen Mitarbeiter Jens Rüttgers und Nico Klinkert gaben einen umfangreichen Überblick über die Aufgabengebiete eines Fanprojektes. Neben der Spieltagsbegleitung von Fans bei Heim- und Auswärtsspielen, der Unterstützung bei eigeninitiierten Projekten der Fans, der Vermittlung bei Konflikten mit Behörden und Institutionen, Freizeitangeboten für Jugendliche, Organisation und Durchführung von Fußballturnieren, WSV

Teens on Tour Fahrten, Fanabende mit Spielern besteht ein regelmäßiges Beratungs- und Hilfsangebot in problematischen Lebenslagen und bei persönlichen Problemen.

Das Fanprojekt setzt sich gegen Gewalt und Rassismus ein. Mit der Kampagne „Zeig Rassismus die rote Karte“ sowie der jährlich stattfindende Streettour mit dem Motto „kick racism out“ beziehen wir klar Stellung. Dieses Jahr plant das Fanprojekt unter anderem



eine Lesung mit Ronny Blaschke der sein Buch „Angriff von Rechtaußen“ vorstellen wird. Zum Abschluss gab es noch einen Erfahrungsaustausch sowie eine Kickerpartie, die unsere Gäste klar für sich entscheiden konnten. Weitere Informationen finden Sie unter: www.fanprojekt-wuppertal.de.

Fabian Bollmus (18 Jahre, Bundesfreiwilligendienstleistender im Fanprojekt Wuppertal)



IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Gerhard Schäfer, Ilona Schäfer, Udo Schramm, Gerta Siller, Marc Schulz, Paul Yves Ramette

Gastbeiträge und Kommentare:

Dr. Hermann E. Ott MdB,
klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN
Bundestagsfraktion

Internationales Jugend- und Begegnungszentrum Alte Feuerwache: Joachim Heiß

Fanprojekt: Fabian Bollmus

Cartoon: Harm Bengen

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:

talent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 35.000

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA,
Berg. Universität; Behindert - na und?
e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

GRÜNE AKTION GEGEN FRAUENVERACHTENDE WERBUNG

■ KLEINER AUFWAND – GROSSE WIRKUNG



Jede(r) hat sich schon einmal über geschmacklose Werbung geärgert, doch geschmacklose Werbung muss niemand hinnehmen, menschen- und frauenverachtende schon gar nicht. Jede(r) kann etwas tun, um gegen herabwürdigende Werbekampagnen zu protestieren, so die Auffassung der GRÜNEN Ratsfraktion.

Deshalb nahmen wir den Internationalen Frauentag am 08. März zum Anlass, eine einfache Möglichkeit vorzustellen, gegen frauenverachtende Werbung zu protestieren: die Postkarte „Herzlich Willkommen“. Sie kann direkt an die werbetreibende Firma oder Werbeagentur geschickt werden, um sie zur Abkehr von ihrer frauenfeindlichen

Werbestrategie zu bewegen.

Wir sind überzeugt von der Wirkung dieser Aktion. Denn jede Werbeagentur weiß, dass sie nicht nur eine unzufriedene Kundin verliert, sondern häufig auch Menschen aus deren Umfeld, wenn diese von dem Grund der Unzufriedenheit hören. Daher sind wir sicher: wenn viele Menschen von dieser Aktion Gebrauch machen, wird sie nicht einfach verpuffen, diesen Imageschaden kann sich kein Unternehmen leisten. Die Karten sind kostenlos erhältlich bei der Geschäftsstelle der GRÜNEN Ratsfraktion im Rathaus Barmen, Johannes-Rau-Platz 1, Raum 147 und als download unter www.gruene-wuppertal.de/fraktion



BuTTER BEI DIE FISCHER!

■ EINE ZWISCHENBILANZ ZUM BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET

Es ist schon ein Bürokratie-Monster, das Bundesarbeitsministerin von der Leyen den Kommunen da aufgezwingen hat: das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT).

Die Idee, Kinder aus sozial schwachen Familien zu unterstützen, ist begrüßenswert. Ihnen nicht nur Nachhilfe oder ein kostenloses Schulmittagessen zu gewähren, sondern ihnen auch die Teilnahme am Sportverein oder Musikunterricht zu ermöglichen – gut gedacht. Aber leider oft schlecht gemacht und in einigen Bereichen zu kurz ge-griffen.

Schlecht gemacht, weil die bürokratischen Hürden – vor allem für Familien, die sich damit ohnehin schwertun – zu hoch sind. In den ersten Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes waren die Antragszahlen noch sehr gering, inzwischen haben in Wuppertal rund 10.000 Berechtigte Anträge gestellt. Doch diese sind oft erst einmal unvollständig, so dass es entsprechend lange Bearbeitungszeiten gibt. Hinzu kommt, dass die dafür notwendigen Stellen in der Sozialverwaltung und im Jobcenter zum Teil noch gar nicht besetzt sind.

Das bedeutet, die ohnehin schon hoch belasteten MitarbeiterInnen müssen diese Aufgabe nun zusätzlich bewältigen.

Die Verwaltung und das Jobcenter werben intensiv für das BuT und bieten sogar spezielle Beratungen an, weil das Geld auf jeden Fall den Anspruchsberechtigten zu Gute kommen soll. Trotzdem ist die Reaktion bei vielen: Noch nie davon gehört! Doch Probleme gibt es nicht nur auf der Seite der AntragstellerInnen, auch bei den Anbietern von Leistungen nach dem BuT macht

sich Unmut breit. Oftmals sei für einen Verein überhaupt nicht erkennbar, mit wem er eine Leistung abrechnen müsse, Anträge sind irgendwo zwischen Sozialverwaltung und Jobcenter verschollen. Bei einem derart hohen Aufwand ist es klar, dass ein gewisser Teil des Geldes aus dem BuT in die Verwaltung fließt. In Wuppertal sind dies rund 15%, in anderen Städten ist der Anteil zum Teil deutlich höher.

Aber die Leistungen greifen auch vielfach zu kurz, zum Beispiel wenn es darum geht, dass zum Sport treiben

auch die nötige Bekleidung gehört. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Lernförderung, die nur zum Erreichen eines Minimalzieles gewährt wird, zum Beispiel das Sitzenbleiben zu verhindern. Auch Kinder aus sozial schwachen Familien sollten ein Recht auf einen möglichst guten Bildungsabschluss haben und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Der Sozialausschuss bereitet deshalb zur nächsten Sitzung im April eine fraktionsübergreifende Resolution vor, die diese Forderung bekräftigen soll.

DAS VERFLIXTE SIEBTE JAHR

■ RÜCKBLICK AUF SCHWARZ-ROT IN WUPPERTAL

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Beispiel Entwicklung der ehemaligen GOH-Kaserne: statt zukunftsweisende Firmen entlang einer geplanten Technologieachse Süd wurden hier nach Nutzungsänderung eine Spedition, eine Härtereierie und ein Dachdeckerbedarf angesiedelt.

Beispiel Personalabbau innerhalb der Verwaltung: trotz mehrfacher Kritik von verschiedenen Seiten gibt es bis zum heutigen Tage kein Personalentwicklungskonzept, also keine Priorisierung, aus der hervorgeht, in welchen Bereichen die Stadt in Zukunft ihre Akzente setzen will. Daran müsste sich der Personalabbau ausrichten. Ebenso

stellt sich die Frage, welches Personal neue Aufgaben im Konzern übernehmen und entsprechend fortgebildet werden soll. Ergebnis ist, dass von 2010 bis 2014 wie beschlossen rund 500 Stellen abgebaut werden, ohne dass ein Konzept erkennbar ist. Schwer tut sich die Große Koalition auch mit dem Thema Energiewende für Wuppertal

und im Bergischen Land. Zuerst werden die Vertreter der Städte Remscheid und Solingen vor den Kopf gestoßen bei der Einbringung des Projektes Ressourceneffizienz - nun muss man viel Zeit aufbringen, um diese wichtigen Vertreter der Nachbarstädte wieder ins Boot zu holen. Uns fehlt hier eine klare Aussage der Großen Koalition

für den Weg der EEE - Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Die bergische Energiewende schafft Arbeitsplätze, die wir dringend gebrauchen können. Fazit der letzten sechs Jahre: Große Koalition ist Stillstand im politischen Denken und Handeln und das merken zunehmend auch die BürgerInnen der Stadt Wuppertal.

JAHR 1 NACH FUKUSHIMA

■ TROTZ ALLER ERFOLGE IST DIE GEFAHR NOCH NICHT GEBANNT

Während in Japan zehntausende Menschen weiterhin von radioaktiver Strahlung bedroht sind, werden überall auf der Welt weiter neue Atomkraftwerke geplant. Wir denken: immerhin ist das Ende der Atomkraft in Deutschland absehbar. Keine Frage: der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie ist ein historischer Erfolg. Aber: immer noch – und auch nachdem das letzte AKW bei uns abgeschaltet ist – wird ungebremst Urananreicherung betrieben und von Deutschland in alle Welt exportiert. Schon beim Uranabbau zeigt sich: die angeblich so saubere Atomenergie ist eines der schmutzigsten Geschäfte! Unter menschenunwürdigen Bedingungen wird vor

allem in Asien und Afrika Uran abgebaut; in Osteuropa wird aktuell intensiv nach Uran gesucht. Ohne nennenswerte Sicherheitsvorkehrungen ist das Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Uranminen kurz, das Sterben qualvoll. Beim Abbau und bei der Anreicherung fällt Uranmüll an, für den – ebenso wie für den Atommüll – weltweit kein Endlager existiert. Allein aus Gronau wurden 27.000 Tonnen Uranmüll nach Russland exportiert. Wer in Deutschland aus der Atomenergie aussteigen will, darf den Uranbrennstoff nicht in alle Welt exportieren! Gronau muss stillgelegt werden. Am 05. Februar ging die internatio-

nale Urankonferenz in Münster zu Ende. Ich unterstütze die Beschlüsse – und hoffe, dass sich nicht nur GRÜNE anschließen!

1. Die internationale Zusammenarbeit gegen die Uranindustrie wird ausgebaut. So soll unter anderem verhindert werden, dass in immer mehr Ländern mit dem Uranabbau begonnen wird. Auch die internationalen Urantransporte sollen verstärkt durch Proteste öffentlich gemacht und gestoppt werden.

2. Für AtomkraftgegnerInnen aus Zentralafrika wird eine Vortragsreise geplant, um auch in Deutschland die Bevölkerung über die skandalösen Zustände beim Uranabbau besser zu

informieren.

3. Für den 29. September 2012 wird ein internationaler Aktionstag vorbereitet, auf dem gegen die federführenden Urankonzerne in Europa protestiert werden soll. Geplant sind unter anderem Aktionen bei Areva in Frankreich, Rosatom in Russland sowie Urenco, EON und RWE in Deutschland und den Niederlanden.

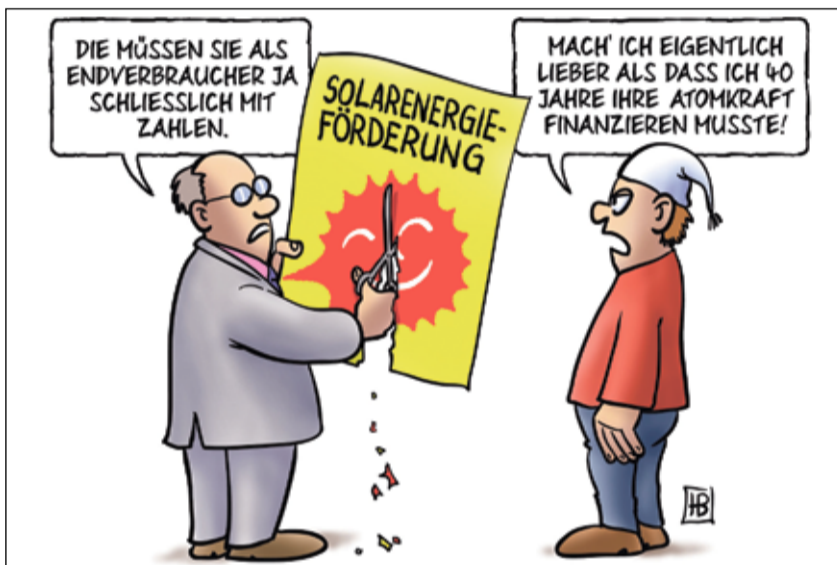
4. Die Internationale Urankonferenz ruft zur Teilnahme an der Fukushima-Großdemo am 11. März 2012 in Gronau auf. Die Großdemo findet im Rahmen eines bundesweiten und internationalen Protesttages statt. In Deutschland wird es sechs Großdemonstrationen geben. Die Urankonfe-

renz unterstützt für den 11. März auch die 300 km lange Menschenkette im französischen Rhone-Tal.

5. Auf den Jahreshauptversammlungen von RWE und EON am 19. April bzw. 3. Mai in Essen werden AtomkraftgegnerInnen die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau auf Kosten der Betreiber fordern. RWE und EON sind Miteigentümer des Gronau-Betreibers Urenco.

Klar ist: Der Kampf gegen die Atomtechnologie geht weiter. In Gorleben, Ahaus und Gronau!

Dr. Hermann E. Ott MdB, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion



Cartoon: Harm Bengen

HOLLÄNDISCHE HEIDE

■ WIEDER WIRD EINE STÜCK NATUR ZUGEBAUT

Westlich der Hainstraße, oberhalb des Bethesda-Krankenhauses, liegt ein ehemaliger Bauernhof. Die Gebäude sind schon lange aufgegeben. Ein Wäldchen bietet Tieren eine Rückzugsmöglichkeit. Die Wiese ist kein Biotop, doch auch eine Großstadt braucht Freiflächen. Das Gebiet hat einen hohen Strukturreichtum. Wiese, Hecken, das Wäldchen, Einzelbäume, alte Bauerngärten und eine Fallobstweide bieten Lebensräume für viele verschiedene Tierarten.

Dieses Gelände soll nun mit Einfamilienhäusern zugebaut werden. Der alte Bauernhof wird abgerissen. Eine alte Kastanie ist als Naturdenkmal eingetragen und wird hoffentlich erhalten.

Naturschützer und AnwohnerInnen gegen beschleunigtes Verfahren

Diskussionen über den Ablauf des Verfahrens gab es im Januar in der Bezirksvertretung und im Stadtentwicklungsausschuss. Während die Verwaltung ein beschleunigtes Verfahren (womit eine Umweltprüfung entfallen würde) durchziehen möchte, sprachen sich Naturschützer und AnwohnerInnen für ein ordentliches Verfahren mit Umweltprüfung aus. Sie verweisen auf viele seltene Pflanzen und Tiere, die in dem Areal leben. Einige davon stehen



Foto: Jörg Lange

auf der Roten Liste. Zumindest sei für eine Ausgleichsfläche zu sorgen.

Alte Pläne

Das Verfahren befindet sich in einem frühen Stadium. Ein Bebauungsplan für das 26.000 Quadratmeter große Grundstück besteht bereits seit 20 Jahren. Die alten Pläne, die nie verwirklicht wurden, sahen eine sehr dichte Bebauung vor, die nicht mehr zeitgemäß ist. Hinzu kam die schwierige Erschließung. Der neuerliche Aufstellungsbeschluss ist Vorläufer für einen veränderten Ansatz, wobei statt

Reihen- und Mehrfamilienhäuser nun Doppel- und Einfamilienhäuser entstehen sollen. Die Erschließung soll durch eine Stichstraße von der Hainstraße aus erfolgen. Die Straße Holländische Heide ist eng und kann den Verkehr nicht aufnehmen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen beschloss am 1. Februar die Aufstellung des Bebauungsplanes. Mit den Stimmen von CDU und SPD im beschleunigten Verfahren. Gegen die Empfehlung der Bezirksvertretung Uelendahl-Katernberg. Wieder ein Ergebnis der großen Koalition im Rat.

ANZEIGE

KOMM MACH MIT!

Für ein GRÜNES 2012



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de

KAISERMEILE QUO VADIS?

■ DIE UNENDLICHE GESCHICHTE, VOHWINKEL LEBENSWERTER ZU MACHEN

An sich hat sie schon viel zu bieten, „Die freundliche Ecke Wuppertals“ – wie man in großen Lettern über dem Kaiserplatz lesen kann.

Wochenmärkte, Einkaufsmöglichkeiten, Sportzentren, Freibad und Hallenbad, Wohnraum und Gewerbeflächen, Stadion und Zoo nicht weit, viel Naherholung im Umfeld und eine Schwebebahn, die direkt ins Zentrum der Stadt führt. Das Stadttor zum Westen ist zum Beispiel mit öffentlichen Verkehrsmitteln direkt mit Solingen, Köln, Düsseldorf, Essen und demnächst auch Mettmann verbunden.

Ein Radwegenetz schließt sich dem an oder wird in Kürze verwirklicht sein. Im direkten Einzugsbereich der Landeshauptstadt liegend (ca. 12 Minuten bis zum Hauptbahnhof), könnte sich der Stadtteil Vohwinkel prächtig



Foto: Jörg Lange

entwickeln, fehlt es Düsseldorf doch an Wohnraum, vor allem an preiswertem Wohnraum. Es gibt Pendle-

rinnen, die den Weg gar bis Barmen in Kauf nehmen!

Doch seit Jahrzehnten fehlt es an der

Umsetzung einer verbesserten Stadtteil-Infrastruktur. Die vorhandenen Innenstadtbuchten und Wohnungsleerstand sind wenig attraktive Voraussetzungen für eine positive Zukunftsentwicklung eines Stadtteils.

Das Projekt „Kaisermeile“ ist vielleicht etwas zu groß geraten für uns VohwinklerInnen, aber eine Chance, wenn nicht die letzte überhaupt. Viele sagen schon „Kommt die Kaisermeile nicht, kommt gar nichts!“

Warum muss sich in dieser Stadt immer gezankt werden, wenn es um ihre Entwicklung geht?

Nun gut, es gibt Probleme die Größe des Einzelhandels und vor allem die verkehrliche Anbindung des neuen Zentrums betreffend. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Etwas weniger Verkaufsfläche, damit auch die anderen noch eine Chance haben

und eine alternative verkehrliche Lösung ließen sich sicher finden. Vielleicht muss man auch von verschiedenen Seiten bereit sein, Kompromisse zu finden.

Das soll nicht heißen, dass sich die Menschen über Kreuzungen hetzen müssen, dass durch verkehrsberuhigte Zonen mit hohem Tempo gerast werden kann oder unendliche PKW-Staus die Luft verpesten dürfen. Doch eines ist klar, wenn Menschen kommen (sollen), erhöht sich der Verkehr! Bleibt alles „klein aber fein“ – letzteres geht schon gar nicht mehr – gibt es keine Entwicklung – das heißt Stillstand!

Gelingt es uns nicht, in erträglicher Form eine Art Kaisermeile zu entwickeln und umzusetzen, dann laufen wir Gefahr, von der „freundlichen Ecke Wuppertals“ zum „wildem Westen“ zu werden.

NEUES VOM ASPHALTMISCHWERK

■ NACHBESSERUNGEN LASSEN AUF SICH WARTEN

Bereits in der vorletzten Ausgabe haben wir ausführlich über den neuen Nachbarn der Nächstbrecker BürgerInnen berichtet. Im Oktober führten die GRÜNEN gemeinsam mit der Bürgerinitiative leben-wuppertal-nord eine Informationsveranstaltung durch.

Die Fragen und Anregungen rund um die Betriebsgenehmigung des Asphaltmischwerks haben wir GRÜNEN in den Umweltausschuss eingebracht. Die Beantwortung im Januar hat einige Erkenntnisse gebracht, die wir Ihnen hier vorstellen wollen: Erstens, das Genehmigungsverfahren wurde rechtlich korrekt nach Bundesimmissionschutzgesetz durchgeführt. Dabei ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht vorgesehen – was man bei einem Unternehmen mit erheblichen Auswirkungen auf die Umgebung durchaus kritisch sehen kann.

Hier hätte die Verwaltung sensibler vorgehen und zumindest die zuständige Bezirksvertretung Oberbarmen frühzeitig von den Plänen in Kenntnis setzen können. Diese wurde aber ebenso wie die AnwohnerInnen vor vollendete Tatsachen gestellt. Zweitens gibt die Technische Anleitung Luft (TA Luft) vor, welche Stoffe bei einem Asphaltmischwerk auf die Einhaltung von Grenzwerten überprüft werden müssen. Diese Grenzwerte sind in Nächstbreck auch bei Vollastbetrieb eingehalten worden.

Auffällig ist jedoch, dass es hier Geruchsbelästigungen gibt, die so von Asphaltmischwerken an anderen Standorten nicht bekannt sind. Müsste man da nicht die Untersuchungen auf andere Stoffe ausweiten? Dies ist nicht geschehen. Finden kann man letztendlich aber immer nur das, wonach man auch sucht! Natürlich werden Gerüche subjektiv sehr unterschiedlich empfunden, so dass es hierfür keine Grenzwerte



Foto: Mathias Kehren

geben kann. Eine Ausbreitungsberechnung (im Verfahren nicht vorgeschrieben) hätte möglicherweise im Vorfeld einen Hinweis darauf geben können. Weiterhin hätten wir uns gewünscht, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens z.B. ein meteorologisches Gutachten eingeholt worden wäre. Ebenso wäre die Berücksichtigung weiterer Immissionsquellen im Gewerbegebiet Nächstbreck sinnvoll gewesen, um eine Anhäufung von verschiedenen Schadstoffen ausschließen zu können.

Dies alles ist nach geltendem Recht nicht vorgesehen. Die Anwohnerinnen und Anwohner in Wuppertal Nord aber werden sich noch eine Weile gedulden müssen. Ein kürzlich vorgelegtes Gutachten hat zwar ergeben, dass der Schornstein des AMW erhöht werden muss. Unklar ist aber noch, um wie viel. Das Gutachten wird zunächst vom Landesumweltamt überprüft und wenn klar ist wie hoch der Schornstein werden muss, schließt sich eine Baugenehmigung an ...

RECYCLINGPAPIER UNBELIEBT!

■ GIBT ES TATSÄCHLICH IMAGEPROBLEME?

Immer wieder steht der Einsatz von Recyclingpapier auf der Tagesordnung des Umweltausschusses. Im Sommer 2010 stellte sich heraus, dass innerhalb der Wuppertaler Stadtverwaltung und besonders an Schulen teilweise gar kein Recyclingpapier genutzt wird. In einem interfraktioneller Antrag wurde beschlossen, den Anteil an Recyclingpapier auf mindestens 90% zu steigern. Der Papierverbrauch in Verwaltung und Schulen betrug im Jahr 2010 rund 40 Millionen Blatt, nur gut die Hälfte davon (56,35%) bestand aus Recyclingpapier. Vor allem in den Schulen ist der Anteil mit 31,55% nicht akzeptabel.

Besseres oder schlechteres Image durch Recyclingpapier?

Andere Städte wie Bonn, Essen oder Münster haben kein Problem mit dem Ökopapier. Frischfaserpapiere haben dort keine Chance. Die Stadt Bonn macht es vor: dort wird offensiv mit dem Einsatz von Recyclingpapier geworben und gleichzeitig das ökologische Image aufpoliert. In Wuppertal hingegen halten sich in Teilen der Verwaltung und an Schulen hartnä-

ckig Vorurteile über die Qualität von Recyclingpapier, seine Verwendung wird teilweise sogar für imageschädigend gehalten. Laut Greenpeace ist Deutschland mit einem Gesamtverbrauch von rund 23 Millionen Tonnen einer der größten Papierkonsumenten weltweit. Jeder Deutsche verbraucht durchschnittlich 242 Kilogramm Papier pro Jahr (2010). Zum Vergleich: 1950 lag der jährliche Papierverbrauch noch bei 32 Kilogramm pro Person. Dieser gigantische Bedarf an Zellstoff vernichtet Urwälder und Lebensräume von Menschen, Pflanzen und Tieren. Immer noch werden Recyclingpapiere nicht stark genug nachgefragt, obwohl sie heutzutage eine sehr gute Qualität besitzen. Wir akzeptieren nicht, dass in Wuppertal das Potenzial an ressourcensparendem Papierverbrauch innerhalb der Verwaltung nicht konsequent ausgeschöpft wird und begrüßen den Vorschlag der Umweltverwaltung, mit einer Beschaffungsrichtlinie für Recyclingpapier die Quote auf mindestens 90%, besser auf 100% zu erhöhen. Mit praktiziertem Umweltschutz und Ressourceneffizienz wird Wuppertals Image garantiert verbessert.

ENERGIESPARTIPP RECYCLINGPAPIER

Steigen Sie so oft es geht um auf Recyclingpapier, der „Blaue Engel“ zeichnet z.B. viele Produkte aus. Es gibt viele Möglichkeiten des Umstiegs, z.B. Toilettenpapier, Küchenkrepp und Taschentücher, die Umwelt lohnt es uns allen. Denn wir verwenden durchschnittlich 250 kg Papier jährlich, das ist täglich ein ziemlich umfangreiches Harry-Potter-Buch. Die Herstellung des noch viel zu oft benutzten Frischfaserpapiers benötigt neben Holz, das so schnell nicht nachwachsen kann, auch



Foto: © Peter Röhl, Pixelio.de

große Mengen an Wasser und Energie. Durch die Verwendung von Recyclingpapier können wir alle 40 kg CO₂ im Jahr einsparen, das lohnt sich!

TEMPO 30 ZONEN IN WUPPERTAL

■ MEHR SICHERHEIT IM STRASSENVERKEHR

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung fragten wir Sie nach Ihrer Meinung zu flächendeckenden Tempo 30 Zonen in Wuppertal. Grund war die Empfehlung der Gewerkschaft der Polizei, in Städten flächendeckend eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einzuführen. Damit werde die Verkehrssicherheit erheblich gesteigert. Nur auf Durchgangsstraßen solle weiter Tempo 50 gelten.

Die Reaktionen waren unterschiedlich, die Mehrheit signalisierte Zustimmung zu einer Ausweitung der Tempo 30 Zonen. Nun liegt aktuell die NRW-Verkehrsunfallbilanz des vergangenen Jahres vor und lässt eine negative Entwicklung erkennen. Erstmals seit Jahren stieg die Zahl der Verkehrs-

toten in NRW um 15% auf 634. Insgesamt nahm die Anzahl der verunglückten VerkehrsteilnehmerInnen um 7% zu. In Wuppertal wurden 13.160 Verkehrsunfälle mit 1.192 Verletzten gezählt, darunter waren 236 FußgängerInnen. Nicht angepasste Geschwindigkeit gilt als häufigste Ursache für die Unfälle, aber auch Fehlverhalten der FußgängerInnen.

Im Verkehrsausschuss werden wir detaillierte Auskunft über die Unfallzahlen in Wuppertal erhalten und über eine Ausweitung der Tempo 30 Zonen diskutieren.

An dieser Stelle vielen Dank für Ihre Rückmeldungen. Schreiben Sie uns auch weiterhin zu den Themen, die Sie aufregen, erfreuen oder berühren.



Foto: Mathias Kehren

BAUSTELLENMANAGEMENT

■ DER BLAUMILCHKANAL AM HOMBÜCHEL

Der Blaumilchkanal ist der Titel eines Hörspiels von Ephraim Kishon. Die Bürokratie-Satire handelt von Kasimir Blaumilch, einem aus der Irrenanstalt entflohenen Geisteskranken, der prompt beginnt, die wichtigste Hauptverkehrsstraße in Tel Aviv mit einem Presslufthammer aufzureißen.

Als die Polizei beginnt, die Straße zu sperren und die Anwohner sich zunehmend über den praktisch ununterbrochenen Lärm beschweren, beginnen die Behörden eine umfangreiche, jedoch ergebnislose Ursachensuche.

An diese Satire fühlte sich im Dezember ein Anwohner am Hombüchel erinnert. Er hing kurzerhand ein Schild auf mit dem Text „Baut die Stadt hier einen Blaumilchkanal?“

Dieses Schild sahen zwei Stadtverordnete (einer von der SPD, einer von den GRÜNEN). Damit begann eine Kette von Aktionen, die bis heute zwar zu Anträgen und Mails führte, nur leider nicht zu einem besseren Baustellenmanagement. Also ein ähnlicher Erfolg wie in der Satire von Ephraim Kishon. Auf Anfrage teilten die WSW mit, am Hombüchel müsse ein Hausanschluss repariert werden und weil ein Ersatzteil nicht vorrätig war, habe es leider länger gedauert.



An der Ecke Markomannenstraße/Höchsten/Alemannenstraße gilt diese Erklärung nicht. Hier führen die WSW seit September 2011 Kanalbauarbeiten durch. Die sollen noch bis Mai 2012 dauern. Zwar wurde der Baustellenkoordinator der Stadt informiert. Er sah hier allerdings keine besondere Verkehrsbeeinträchtigung und nahm diese Baustelle nicht in die Baustellenliste auf. Diese Liste „Baustellenübersicht“ ist übrigens im Internet abrufbar und wird regelmäßig aktualisiert. Sie finden die Liste auf der Startseite von www.wuppertal.de (auf der Seite links unten unter der Rubrik Bürgerservice) oder unter: <http://www.wuppertal.de/vv/>

[produkte/104/102370100000176368.php.media/188681/102370100000188681.pdf](http://www.wuppertal.de/vv/produkte/104/102370100000176368.php.media/188681/102370100000188681.pdf)

So gibt es in Wuppertal noch einige Baustellen, die für die Anwohnerinnen und Anwohner lästig sind und lange bis zur Fertigstellung dauern. Wie kann das besser werden? Größere Baustellen sollen in den Bezirksvertretungen vorgestellt werden, damit die BezirksvertreterInnen ein wachsames Auge auf den Fortschritt der Arbeiten haben können.

Außerdem wünschen wir uns, dass mehr – und auch kleinere Baustellen – in die Übersicht aufgenommen werden.

RATSCHRONIK 19.12.2011



Foto: Jörg Lange

Gründung der Bergischen

Gesellschaft für Ressourceneffizienz
Ein schlechterer Start ist kaum denkbar: Wuppertal isoliert sich im bergischen Verbund bei einem Vorhaben, das die Bergische Kooperation doch eigentlich

nach vorne bringen soll. Die Gesellschaftsanteile und damit das Stimmrecht in der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz, so die Vorlage der hiesigen Verwaltung, liegen über fünfzig Prozent bei Wuppertal. Die Empö-

rung in Solingen und Remscheid war entsprechend groß. Deshalb wurde in beiden Städten einstimmig alternativ beschlossen, einen fairen Vorschlag zu erarbeiten, der auch Remscheid und Solingen angemessen berücksichtigt. Diesen Vorschlag nahm die Wuppertaler Opposition unter GRÜNER Führung auf und stellte einen ähnlichen Antrag. CDU und SPD lehnten den Vorschlag in der Ratssitzung ab. Durch dieses Verhalten hat die Bergische Kooperation einen herben Rückschlag erlitten. Die GRÜNEN machen sich seit Jahren für Ressourceneffizienz im Bergischen Land stark. Damit und mit dem Ausbau erneuerbarer Energien könnte die Region führend in Sachen Klimaschutz werden.

Köln Modell: Eignungstest für die Berufsfeuerwehr

In Köln wird ein neuer Eignungstest

für die Berufsfeuerwehr angewandt, der Frauen nicht mehr wie in den bisherigen Tests benachteiligt. Er wurde vom Deutschen Städtetag, der Vereinigung zur Förderung des Brandschutzes und der Sporthochschule Köln so konzipiert, dass ihn leistungsstarke, sportliche Männer und überdurchschnittlich sportliche Frauen bestehen können. Die GRÜNE Fraktion fand die Idee so gut, dass sie im Ausschuss für Schutz, Ordnung und Sauberkeit den Antrag stellte, in Wuppertal das gleiche Verfahren anzuwenden.

Bislang konnte in Wuppertal kaum eine Frau bestehen. Der Chef der Feuerwehr, Siegfried Brüttsch, sicherte im Ausschuss zu, dass der in Köln erprobte Test ab dem nächsten Auswahlverfahren auch in Wuppertal angewandt wird, damit der Frauenanteil von bundesweit einem Prozent rasch ansteigt. Das bedeutet für uns GRÜNE ein wei-

terer Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit.

Errichtung der 6. Gesamtschule in der Kruppstraße und am Röttgen

Typisch großkoalitionärer Kompromiss: Wenn von zwei Fraktionen die eine eigentlich gar keine Gesamtschule möchte (CDU) und die andere nur halbherzig agiert (SPD), regiert der kleinste gemeinsame Nenner. Die konkrete Planung ist enttäuschend, denn die Schule soll an zwei Standorten entstehen, die über 4 Kilometern voneinander entfernt sind. Und obwohl der Bedarf einer Gesamtschule im Osten der Stadt am größten ist, kommt sie nach Uellendahl-Katernberg, räumlich zu nah an der Else-Lasker-Gesamtschule in Elberfeld. Trotz dieser Mängel stimmten die GRÜNEN der Ratssitzung zu, denn eine andere Lösung wäre mit CDU und SPD nicht durchsetzbar.

RATSCHRONIK 13.02.2012

Doppelhaushalt und Sanierungsplan

Wie üblich legte die Verwaltung den Stadtverordneten in der Sitzung des Rates den Plan für den Doppelhaushalt 2012/13 und den Sanierungsplan vor. Die GRÜNE Ratsfraktion wird sich sehr genau auf einer Fraktionsklausur mit den Verwaltungsvorschlägen befassen. Nach dem letzten Haushaltssicherungskonzept, in dem 60 Mio. Euro eingespart werden mussten, werden der Stadt nun weitere 42 Mio. Euro jährlich abverlangt, um den Haushalt bis 2016 ausgleichen zu können.

Keine Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus

lautete der Antrag, den wir GRÜNEN im Rat stellten. Darin wenden wir uns gegen die Castoren-Transporte von Jülich nach Ahaus, die von der Bundesregierung gegen einen Antrag der NRW-Landesregierung beschlossen wurde. Es handelt sich um 152 Castoren mit 300.000 hochradioaktiven Brennelementekugeln, die einige hundert Kilometer innerhalb NRWs transportiert werden sollen. Diese überflüssige Irrfahrt kostet Millionen Euro, die AnwohnerInnen wehren sich

ebenfalls dagegen und der Rat sollte diesen Protest unterstützen. Leider lehnte die Ratsmehrheit ihn ohne ein einziges Argument zu nennen ab.

Fuhlrott-Sammlungen in Wuppertal erwünscht?

Zur Ratssitzung am 13.02.2012 fragten die GRÜNEN bei der Verwaltung nach, ob die Stadt sich überhaupt darum bemüht, die seltenen und wertvollen Sammlungen des seit 2005 geschlossenen Fuhlrott-Museums nach Wuppertal zurück zu holen. Aktuell sind sie an verschiedene auswärtige Museen verliehen. Die GRÜNEN haben den Eindruck, dass die Stadtspitze keinen Finger für den langfristigen Verbleib der Sammlungen vor Ort rührt. Die Antwort auf unsere Anfrage bestätigte unsere Befürchtungen.

Girls' Day in Wuppertal – Mädchen Macht Politik oder wie werde ich Oberbürgermeisterin?

Die GRÜNEN unterstützen den jährlich wiederkehrenden Girls' Day und wollen, dass sich Peter Jung auch in seiner Funktion als Oberbürgermeister daran aktiv beteiligen soll und stellen einen

entsprechenden Antrag an den Rat. Der Girls' Day ist das größte Berufsorientierungsprojekt für Schülerinnen und bietet ihnen die Möglichkeit, an diesem Tag Einblicke vor allem in nicht-frauentypische Berufe zu bekommen. OberbürgermeisterInnen in NRW sind 20 Männer, aber nur 3 Frauen. Es ist höchste Zeit, dass auch Peter Jung einigen Mädchen einen Einblick das Arbeitsfeld eines Oberbürgermeisters/einer Oberbürgermeisterin gibt, um mehr Gleichberechtigung in der Politik zu ermöglichen. Er erwiderte in der Ratssitzung u.a., die weiblichen Auszubildenden erhielten schon einen Einblick in die Tätigkeit des Oberbürgermeisters und die GRÜNEN wollten sein Engagement auf einen Tag reduzieren, was natürlich Quatsch ist. Leider versperrten sich auch CDU und SPD den Argumenten, die unsere Stadtverordnete Gerta Siller in Ihrer Rede vortrug komplett und lehnten ihn ab.

Zukunft des Landhauses Sans Souci

Das Landhaus ist ein architektonisches Kleinod im Mirker Hain. Es wurde 1890 erbaut und gehörte früher der Familie von der Heydt. Die GRÜNEN sorgen



Foto: Jörg Lange

sich um den zunehmend schlechteren Bauzustand des Gebäudes. Denkmalschutz wurde bereits beantragt, aber noch nicht bewilligt.

Deshalb beantragten wir im Rat der Stadt, dass die Verwaltung prüfen soll, wie das Haus dauerhaft öffentlich genutzt und auch an Vereine verpach-

tet werden kann. Leider waren CDU und SPD der Auffassung, dass es sich hier eher um eine Bruchbude als um ein erhaltenswertes Kleinod handelt und lehnten den Antrag ab. Und sie setzen noch einen drauf: Die Stadt soll das Landhaus Sans Souci noch dieses Jahr verkaufen.

DENKMALSCHUTZ



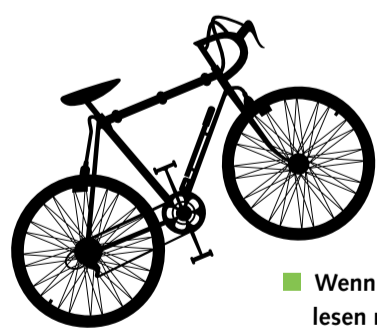
Foto: Jörg Lange

Neugestaltung des Hauptbahnhofs am Döppersberg

Die Eingangsfront des Elberfelder Hauptbahnhofs wurde mehrfach verändert. Zu Beginn, vor 160 Jahren, waren es Rundbögen an Türen und Fenstern im Erdgeschoss. Anstelle der Rundbögen wurden 1910 rechteckige Türen und Fenster eingebaut. Im Rah-

men des Umbaus Döppersberg ist ein Rückbau der Bahnhofs-Vorbauten vorgesehen. Damit stellt sich die Frage nach der zukünftigen Gestaltung der Fassade im Erdgeschoss. Ohne Information der KommunalpolitikerInnen hat die Verwaltung das Gestaltungskonzept im vergangenen Jahr geändert. Wo zunächst runde Fenster vorgese-

hen waren, finden sich jetzt eckige. Die bündnisGRÜNE Ratsfraktion hat dies zum Anlass für eine Anfrage in der Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg genommen. In der Anfrage fordert sie allerdings nicht etwa runde Fenster, sondern fragt nach einem Diskussionsprozess, in den sich auch engagierte BürgerInnen einschalten können. Wir möchten, dass die Stadt im Rahmen einer Informations- und Diskussionsveranstaltung BürgerInnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, auf Merkwürdigkeiten hinzuweisen und wertvolle Hinweise zu geben. Für uns ist der Prozess ergebnisoffen. Es kann sein, dass nach den aktuellen Plänen der Verwaltung gebaut wird. Es kann auch sein, dass die Planung auf runde Fenster geändert wird. Dann stellt sich natürlich die Kostenfrage. Das Gebäude ist für den Döppersberg und Elberfeld so stadt-bildprägend, dass wir uns die Zeit für eine Diskussion über die Gestaltung nehmen sollten.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.